

Polizei verhinderte Hartz-IV-Protest

Demonstranten am Brandenburger Tor forderten höhere Regelsätze / Anhörung im Bundestag

Rund 150 Demonstranten mehrerer sozialer Aktionsbündnisse haben am Montag vor dem Brandenburger Tor in Berlin für höhere Hartz-IV-Regelsätze demonstriert. Anlass war eine Anhörung im Bundestag zu dem Thema.

Berlin (dpa/epd/ND). Eine geplante Aktion der Demonstranten vor dem Brandenburger Tor, bei der Farbbeutel auf Plakate von Politikern geworfen werden sollten, wurde von der Polizei verhindert. Die Beamten beschlagnahmten die Fotos, da die Aktion den Straftatbestand der Beleidigung erfüllt hätte, sagte eine Polizist. »Zielscheibe« sollten der ehemalige Arbeitsminister Wolfgang Clement (SPD), der damalige VW-Personalvorstand und Hartz-IV-Namensgeber Peter Hartz und der derzeitige Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) sein. Veranstalter der Demonstration waren Aktionsbündnisse aus Berlin, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Peter Grottian vom Sozialforum Berlin bezeichnete die Anhörung im Bundestag als »eine Farce«, da für sie lediglich eine Stunde angesetzt sei. »In dieser Zeit kann das Thema nicht vernünftig erörtert werden.« Die Beschlagnahme der Politikerfotos bewerte-

te er als einen »massiven Eingriff in das Demonstrationsrecht«. Grottian bedauerte zudem die geringe Beteiligung an der Veranstaltung.

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende von Berlin-Brandenburg, Doro Zinke, schloss sich der Forderung der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di an, die Regelleistungen für Arbeitslosengeld-II-Empfänger von derzeit 347 auf 420 Euro im Monat zu erhöhen. Die Berechnung der Regelsätze müsse sich den realen Verhältnissen anpassen, wie etwa den gestiegenen Preisen für Lebensmittel und Heizkosten. Unabhängig davon werden die Regelsätze zum 1. Juli für Alleinstehende auf 351 Euro erhöht. Der Zuschlag von gut 1,1 Prozent ergibt sich aus dem Beschluss des Bundeskabinetts zur Rentenanpassung. Die Leistung für Partner von ALG-II-Empfängern soll entsprechend auf 316 Euro angehoben werden.

Der DGB verlangte anlässlich der Anhörung ein transparentes Verfahren zur Bestimmung der Regelsätze. Es müsse eine Expertenkommission eingesetzt werden und der Bundestag anhand ihrer Vorschläge entscheiden, forderte der Gewerkschaftsbund. Es könne nicht sein, dass Ministerialbeamte

hinter verschlossenen Türen über die Grundsicherung für Millionen von Menschen entschieden.

Der Sozialverband Deutschlands forderte eine grundlegende Neuberechnung der Regelsätze, da diese das Existenzminimum nicht deckten und deshalb unbedingt erhöht werden müssten. Dabei müsse die Preisentwicklung zeitnah berücksichtigt werden. Der Deutsche Caritasverband mahnte höhere Hartz-IV-Regelsätze für Kinder an. Caritas-Präsident Peter Neher sagte, die Sozialhilfe für Kinder müsse sich an ihren Bedürfnissen orientieren. In der Wachstumsphase bräuchten Kinder mehr Kleidung, sie benötigten gesundes Essen, Schulsachen und müssten die Chance haben, Sport zu machen oder ein Musikinstrument zu lernen.

LINKEN-Parteivize Katja Kipping forderte eine Erhöhung der Regelsätze für Kinder und ebenso für Erwachsene. »Der Hartz-IV-Regelsatz für Erwachsene muss umgehend auf 435 Euro angehoben« werden, erklärte sie. Die Beträge für Kinder und Jugendliche müssten grundlegend überprüft und ebenfalls erhöht werden.

Arbeitsminister Scholz fest im Griff der Polizei Foto: dpa/Gabbert

